

Antrag

der Bundesregierung

Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und folgender Resolutionen, zuletzt 2063 (2012) vom 31. Juli 2012

Der Deutsche Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag stimmt der von der Bundesregierung am 17. Oktober 2012 beschlossenen Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der AU/UN-Hybrid-Operation in Darfur (UNAMID) auf Grundlage der Resolution 1769 (2007) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 31. Juli 2007 und folgender Resolutionen, zuletzt 2063 (2012) vom 31. Juli 2012 zu. Die hierfür vorgesehenen Kräfte können eingesetzt werden, solange ein Mandat des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen und die konstitutive Zustimmung des Deutschen Bundestages vorliegen, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 2013.
2. Der Einsatz wird fortgesetzt unter Fortgeltung der Regelungen der Beschlüsse der Bundesregierung vom 7. November 2007 (Bundestagsdrucksache 16/6941), 13. August 2008 (Bundestagsdrucksache 16/10106), 17. Juni 2009 (Bundestagsdrucksache 16/13396), 2. Juni 2010 (Bundestagsdrucksache 17/1901) und 29. Juni 2011 (Bundestagsdrucksache 17/6322), denen der Deutsche Bundestag am 15. November 2007, 17. September 2008, 2. Juli 2009, 17. Juni 2010 und am 8. Juli 2011 zugestimmt hat. Die Zahl der maximal einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten beträgt 50.
3. Die einsatzbedingten Zusatzausgaben für die Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an UNAMID mit bis zu 50 Soldatinnen und Soldaten über den 15. November 2012 hinaus bis zum 31. Dezember 2013 werden rund 417 000 Euro betragen. Hiervon entfallen auf das Haushaltsjahr 2012 rund 47 000 Euro und auf das Haushaltsjahr 2013 rund 370 000 Euro. Für diese Ausgaben ist im Einzelplan 14 im Bundeshaushalt 2012 und im Regierungsentwurf des Bundeshaushalts 2013 Vorsorge getroffen.

Begründung

Die Lage in Darfur bleibt angespannt. Immer wieder aufflammende Kämpfe zwischen Regierungstruppen, Rebellen und Milizen sowie eine hohe Bedrohung durch bewaffnete Banditen belasten die weiterhin prekäre humanitäre Lage der Zivilbevölkerung in Darfur. Eine dauerhafte politische Lösung des Darfur-Kon-

flikts steht weiterhin aus. Zwar wurden die Friedensverhandlungen zu Darfur in Doha mit einem Abkommen zwischen der Regierung in Khartum und dem Liberation and Justice Movement, dem Doha Document for Peace in Darfur (DDPD), abgeschlossen. Die Rebellengruppen „Justice and Equality Movement“, sowie die „Sudan Liberation Army“ unter Abdel Wahid Al Nour und Minni Minawi verweigerten jedoch ihre Unterschriften bzw. nahmen an den Verhandlungen trotz erheblicher Anstrengungen der internationalen Gemeinschaft nicht teil. UNAMID hat einen Unterstützungsplan für die Umsetzung des Abkommens von Doha erarbeitet. Die Umsetzung geht, wenn auch langsam, voran. Mit einer nachhaltigen Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur ist indes nur dann zu rechnen, wenn eine umfassende politische Lösung für den Darfur-Konflikt gefunden wird.

Die Bundesregierung engagiert sich vor diesem Hintergrund weiterhin für eine friedliche und nachhaltige Lösung des Darfur-Konflikts. Dies erfolgt in Abstimmung mit ihren europäischen und internationalen Partnern.

Das humanitäre Engagement Deutschlands soll insbesondere die Situation der Flüchtlinge und lokalen Bevölkerung in den Konfliktgebieten verbessern. Die Hilfe für die vom Darfur-Konflikt betroffene Bevölkerung in Darfur und für die Darfur-Flüchtlinge im benachbarten Tschad und der Region zählt nach wie vor zu den Schwerpunkten der humanitären Hilfe und der entwicklungsfördernden und strukturbildenden Übergangshilfe der Bundesregierung.

Die humanitäre Hilfe belief sich im Zeitraum vom Januar 2011 bis zur Unabhängigkeit des Südsudan für ganz Sudan auf 4,7 Mio. Euro und 2012 auf 5,4 Mio. Euro, einschließlich der Hilfe in Darfur und für die Darfur-Flüchtlinge in Tschad. Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe bzw. entwicklungsfördernde und strukturbildende Übergangshilfe für den Sudan (ohne Südsudan) umfasste in den Jahren 2011 und 2012 weitere 8,7 Mio. Euro.

Zusätzlich stellte Deutschland für den Wiederaufbau in Darfur und für die Unterstützung der Zivilgesellschaft und Förderung von Rechtsstaatlichkeit im Sudan 2011/2012 5,3 Mio. Euro zur Verfügung (ohne UNAMID-Pflichtbeitrag).

Auch UNAMID bleibt bis auf Weiteres als stabilisierendes Element zur Verbesserung der Sicherheitslage in Darfur und zur Begleitung der politischen Bemühungen um ein Ende der dortigen Krise unverzichtbar.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen hat am 31. Juli 2012 mit seiner Resolution 2063 (2012) das UNAMID-Mandat bis zum 31. Juli 2013 verlängert. Mit einer weiteren Verlängerung wird gerechnet.

Mit der Resolution 2063 (2012) wird die Missionsgröße von UNAMID um 3 350 Soldaten sowie um 1 460 Einzelpolizisten und zwei Formed Police Units (FPU) auf eine Truppenobergrenze von 16 200 Soldaten sowie 2 310 Polizisten und 17 FPU verringert. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen folgt damit den Empfehlungen der strategischen Überprüfung von UNAMID, zu der der Generalsekretär der Vereinten Nationen vom Sicherheitsrat mit der Resolution 2003 (2011) aufgefordert worden war. Die Umgliederung der Mission soll in einem Zeitraum von voraussichtlich zwölf bis 18 Monaten erfolgen.

Aufgabe von UNAMID ist es weiterhin, die unter Vermittlung der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union geführten Friedensverhandlungen zu unterstützen. Nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen ist UNAMID autorisiert, zum Eigenschutz, zur Gewährleistung der Sicherheit und der Bewegungsfreiheit der humanitären Helfer, zur Förderung einer schnellen und effektiven Umsetzung des Darfur-Friedensabkommens, zur Verhinderung von Störungen seiner Umsetzung und bewaffneten Angriffen sowie – unbeschadet der Verantwortung der sudanesischen Regierung – zum Schutze von Zivilisten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen. Dies kann auch die Anwendung

militärischer Gewalt im Rahmen der von den Vereinten Nationen erlassenen Einsatzregeln einschließen.

UNAMID trägt im Rahmen des Möglichen durch verstärkte Patrouillentätigkeiten und die Präsenz in den Flüchtlingslagern zu einer Verbesserung der humanitären Lage bei.

Die deutsche Beteiligung an UNAMID ist ein wichtiges Zeichen, insbesondere an die Vereinten Nationen und die Afrikanische Union, dass Deutschland das internationale Engagement in Darfur unterstützt. Mit diesem Engagement wird den Friedensanstrengungen der internationalen Gemeinschaft für Darfur zum Erfolg verholfen. Das deutsche Engagement stärkt mittelbar auch afrikanische Peacekeepingfähigkeiten und trägt zur Stabilisierung des Verhältnisses zwischen Sudan und Tschad bei.

Derzeit sind neun deutsche Soldaten im Hauptquartier UNAMID eingesetzt und unterstützen dort unmittelbar die Auftragsdurchführung der Mission.

Neben der Beteiligung mit Soldaten verrichten derzeit auch vier deutsche Polizeivollzugsbeamtinnen und Polizeivollzugsbeamte ihren Dienst bei der Mission.

Zusätzlich zu den deutschen militärischen und polizeilichen Beiträgen zu UNAMID fördert die Bundesregierung Projekte zur Unterstützung der Arbeit von UNAMID.

So setzt das Auswärtige Amt die Förderung der Vorbereitung afrikanischer Polizisten für Einsätze bei UNAMID am „Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre“ (KAIPTC) in Accra fort (Volumen 2011: ca. 720 000 Euro; Volumen 2012: ca. 518 000 Euro). In den Trainingskursen wird den Polizeikräften das für ihren Einsatz in Friedensmissionen relevante Wissen vermittelt. Die angebotenen Kursmodule decken Inhalte in den Bereichen Menschenrechte, Gender, interpersonelle Kommunikation, Community Policing, System der Vereinten Nationen, Funkkommunikation und Fahrtechnik ab. 2011 wurden die Einsatzvorbereitung von 381 der insgesamt 512 Polizistinnen und Polizisten aus Ghana, Nigeria, Senegal und Sierra Leone am KAIPTC durch Deutschland finanziert.

Neben der Vernetzung mit deutschen Polizeibehörden (Traineraustausch zwischen KAIPTC und Bundespolizeiakademie Lübeck) wurde auch der Austausch mit der Peace Support Operations Division (PSOD) der AU-Kommission sowie mit dem International Peace Support Training Centre in Nairobi unterstützt. Angestrebt wird eine Verbesserung der Abstimmungsprozesse, um zukünftig die bisher unterschiedlichen Trainingsstandards der Afrikanischen Union und der Vereinten Nationen zu harmonisieren. Im Jahr 2012 sollen bis zu 418 afrikanische Polizeikräfte durch das KAIPTC auf einen Einsatz in Missionen der Vereinten Nationen und der Afrikanischen Union vorbereitet werden, davon 301 mit deutscher Finanzierung. Auch werden weiterhin die Abstimmungsmechanismen zwischen KAIPTC, regionaler und kontinentaler Ebene sowie Besuche afrikanischer Polizeitrainer an deutschen Polizeieinrichtungen unterstützt.

Die Förderung der Trainingskurse des KAIPTC reiht sich ein in die Maßnahmen zur Unterstützung der AU beim Aufbau der Afrikanischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur. Vor diesem Hintergrund finanziert das Auswärtige Amt das Programm „Stärkung der Funktionsfähigkeit von Polizeistrukturen in Afrika“ (Volumen 2011: rund 5,5 Mio. Euro; Volumen 2012: rund 4,8 Mio. Euro). Als Teil dieses Programms wird die Funktionsfähigkeit der Polizei in der PSOD der Kommission der Afrikanischen Union gestärkt (in 2011 und 2012 mit jeweils rund 500 000 Euro). Seit der Restrukturierung der PSOD im Jahr 2011 ist sie an der Koordinierung des Teils der Afrikanischen Union von UNAMID beteiligt. Das Programm bildet einen Beitrag zum Aufbau von afrikanischen Kapazitäten zur Krisenprävention und -bewältigung im Polizeibereich. Je nach beteiligtem

Land werden Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen (z. B. Schulungen, Trainings) und/oder Bau- und Ausstattungsmaßnahmen für die jeweilige nationale Polizei unterstützt.